gengutachtens hätte beurteilt werden können, dessen Beziehung der Kläger ausdrücklich beantragt hatte und das im übrigen gemäß § 144 ZPO auch von Amts wegen hätte eingeholt werden können. Mit der Unterlassung dieser Beweiserhebung hat das Bezirksgericht § 282 ZPO verletzt (vgl. OG, Urteile vom 9. Juli 1957 - 1 Zz 103/57 - [OGZ Bd.6 S. 11; NJ 1958 S. 431] und vom 25. Juli 1957 - 2 Zz 49/57 - [OGZ Bd. 6 S. 14; NJ 1958 S. 431]). Seine Argumentation, der Kläger habe die Montage der Karosserie noch gar nicht versucht und somit nicht bewiesen, daß sie dafür unbrauchbar sei, ist mit der den Gerichten obliegenden Sachaufklärungspflicht nicht vereinbar.

Sofern das Bezirksgericht von einer weiteren Beweiserhebung zu dieser Frage etwa deshalb Abstand genommen hat, weil es davon ausging, daß der Kläger alle Mängelrechte gemäß § 460 BGB deshalb verloren habe, weil ihm die Mängel, auf die er sein Wandlungsverlangen stützt, bei Kaufabschluß bekannt gewesen oder infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben seien, hat es die Rechtslage verkannt. Es stützt diese Auffassung im wesentlichen darauf, daß alle Voraussetzungen bestanden hätten, daß der Kläger, zumal er noch in Begleitung seines Sohnes war, bei der 45 bis 50 Minuten dauernden Besichtigung die im Verfahren von ihm geltend gemachten Mängel hätte erkennen können, oder daß dem Kläger grobe Fahrlässigkeit zur Last falle, wenn sie ihm unbekannt geblieben seien. Wenn grobe Fahrlässigkeit im Hinblick auf § 276 Abs. 1 Satz 2 BGB auch voraussetzt, daß in schwerwiegender Weise die im Rechtsverkehr zu beachtende Sorgfaltspflicht verletzt wird, mag das zum Teil richtig sein. So wird dieser Auffassung hinsichtlich der behaupteten Rostbildung zu folgen sein, weil davon auszugehen ist, daß sie für jedermann auch hinsichtlich ihrer Folgen erkennbar ist. Soweit es aber die Mangelhaftigkeit betrifft, die nach der Behauptung des Klägers darin liegt, daß die Schweißarbeiten unsachgemäß ausgeführt worden seien, würde die Auffassung des Bezirksgerichts zur Voraussetzung haben müssen, daß der Kläger bzw. sein Sohn die Schweißarbeiten hätten in einem genügenden Maße beurteilen können und daß sie insbesondere auch die darin womöglich liegende Beeinträchtigung der Tauglichkeit der Karosserie zur Verwendung für den Aufbau eines Pkw überblickt haben. Mindestens für letzteres fehlt — jedenfalls bisher — jeder Anhalt. Die Entscheidung des Bezirksgerichts verstößt daher auch gegen § 460 BGB.

Richtig ist allerdings, daß das Bezirksgericht in diesem Zusammenhang ausgeführt hat, daß entgegen der Darstellung des Klägers nicht davon ausgegangen werden könne, der Verklagte habe die ggf. vorliegenden Mängel an der Schweißnaht arglistig verschwiegen. Wie das Bezirksgericht festgestellt hat, hat der Verklagte darauf vertraut, daß der Zeuge W. die Schweißarbeiten ordnungsgemäß ausgeführt hat. Arglist, die in jedem Falle Vorsatz voraussetzt, scheidet demnach aus (vgl. OG, Urteil vom 3. November 1961 — 1 Zz 13/61 - NJ 1962 S. 194). Wenn und soweit also davon auszugehen gewesen wäre oder im Ergebnis der weiteren Sachaufklärung noch auszugehen ist, daß der Kläger die von ihm geltend gemachten Mängel kannte oder infolge grober Fahrlässigkeit nicht gekannt hat, würde demnach eine Haftung des Verklagten auch unter Berücksichtigung von § 460 Satz 2 Halbsatz 2 BGB ausscheiden.

Das Urteil des Bezirksgerichts war demnach gemäß § 11 Abs. 1 AEG i. V. m. entsprechender Anwendung von § 564 ZPO aufzuheben und die Sache in ebenfalls entsprechender Anwendung von § 565 Abs. 1 ZPO zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an dieses Gericht zurückzuvorweisen.

§§ 8 Abs. 2, 15 StVO; § 17 Abs. 1 KFG; §§ 823, 254 BGB.

1. Das Lenken eines Fahrzeugs innerhalb der rechten Fahrbahnhälfte von der linken nach der rechten Seite ist keine Fahrtrichtungsänderung i. S. des § 15 Abs. 1 StVO.

2. Ein Fahrzeugführer darf bei Annäherung an eine Kreuzung beim Fehlen markierter Fahrspuren nur dann darauf vertrauen, daß ein vor ihm auf der linken Seite der Fahrbahn fahrendes Fahrzeug an der Kreuzung nach links abbiegen wird, wenn es die Änderung

der Fahrtrichtung angezeigt hat. Liegen diese Voraussetzungen nach § 8 Abs. 2 Satz 3 StVO nicht vor, so muß links überholt oder von der Überholabsicht Abstand genommen werden.

3. Beim Ausgleich von Schaden zwischen zwei an einem Unfall beteiligten Kraftfahrzeugen gemäß § 17 Abs. 1 KFG muß berücksichtigt werden, daß die von einem überholenden Fahrzeug ausgehende Betriebsgefahr größer ist als die eines zu überholenden Fahrzeugs und daß damit der Unfall vorwiegend von dem überholenden Fahrzeug verursacht worden ist. Der Halter dieses Fahrzeugs ist daher überwiegend zum Ausgleich des Schadens verpflichtet.

4. § 17 KFG ist auch dann anzuwenden, wenn die an einem Unfall beteiligten Kraftfahrzeughalter außer nach den Bestimmungen des KFG auch aus Verschulden bzw. Mitverschulden haften.

BG Leipzig, Urt vom 22. März 3.973 - 5 BCB 79/72.

Der Verklagte befuhr mit seinem Pkw in mäßiger Geschwindigkeit die F.-Straße, und zwar auf der Straßenn mitte. Etwa 150 m vor der Kreuzung F.-Straße und K.-Straße lenkte er sein Fahrzeug nach rechts, da er im Rückspiegel eine sich nähernde Straßenbahn bemerkt hatte. Dabei kollidierte er mit dem Pkw des Klägers, der gerade versuchte, am Fahrzeug des Verklagten rechts vorbeizufahren. Durch den Zusammenstoß kam es zu Sachschäden an beiden Fahrzeugen in Höhe von 520 M.

Der Kläger hat mit der Klage vorgetragen: Da der Verklagte mit seinem Fahrzeug auf der Straßenn mitte gefahren sei, habe er angenommen, daß dieser an der Kreuzung links abbiegen werde. Da er selbst rechts habe einbiegen wollen, sei er auf Grund der Einordnung des Verklagten zur Fahrbahnn mitte hin davon ausgegangen, daß er rechts am Verklagten vorbeifahren könne. Beim Vorbeifahren sei der Verklagte ohne Rücksicht auf den nachfolgenden Verkehr scharf nach rechts eingeschwenkt, so daß es zum Zusammenstoß gekommen sei. Für den ihm entstandenen Sachschaden am Fahrzeug in Höhe von 425 M müsse der Verklagte einstehen, da dieser durch Nichtbeachtung des § 15 StVO den Unfall verursacht habe.

Der Verklagte hat Klageabweisung beantragt und vorgetragen: Er habe etwa die Mitte der rechten Fahrbahnhälfte befahren, weil die auf der Straße befindlichen Schneehaufen ein Rechtsfahren nicht ermöglicht hätten. Wie ein Linksabbieger habe er sich nicht eingeordnet und auch keine Richtungsänderung angezeigt. Sein Einschwenken nach rechts sei wegen der nachfolgenden Straßenbahn erforderlich gewesen. Das Fahrzeug des Klägers habe er nicht bemerkt, weil es sich gerade im toten Winkel befunden habe, als er sich vom nachfolgenden Verkehr überzeugt habe. Der Kläger habe verkehrswidrig versucht, ihn rechts zu überholen. An seinem Fahrzeug sei Schaden in Höhe von 100 M entstanden.

Das Kreisgericht hat die Klage abgewiesen, weil in erster Linie der Kläger die auslösende Ursache für den Verkehrsunfall gesetzt habe. Er habe entgegen den Bestimmungen der §§ 6 Abs. 2, 8 Abs. 2 StVO versucht, das Fahrzeug des Verklagten rechts zu überholen. Wenn der Verklagte auch unvorhergesehen und ohne Anzeigen seine Fahrtrichtung geändert und somit gegen die §§ 6 Abs. 2, 15 Abs. 1 StVO verstoßen habe, brauche er nicht für den Gesamtschaden einzustehen. Nach dem